

PUTIN: VOM RIVALEN ZUM HOFFNUNGSTRÄGER?

Wladimir Putin traf sich am Montag beim G20-Gipfel in China mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem US-Präsidenten Barack Obama und Frankreichs Staatchef François Hollande. Hauptthemen der Gespräche waren die Konflikte in der Ukraine und Syrien.

Der russische Präsident stimmte nach den Gesprächen mit Merkel und Hollande einem weiteren Spitzentreffen im sogenannten Normandie-Format zu. Dieses stellte der französische Präsident für die kommende Woche in Aussicht. Dabei befürwortete Putin die Begegnung mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. „Nichts zu machen, vermutlich müssen wir uns treffen“, so der russische Präsident.

Für Putin und Merkel war das erste persönliche Gespräch seit Monaten. Laut Merkmals Sprecher Steffan Seibert diskutierten beide „sehr konkret“ über die Vorsetzung des Minsker Friedensabkommens zwischen Russland und der Ukraine. In vergangenen Monaten hatten die Spannungen zwischen pro-westlichen ukrainischen Truppen und den pro-russischen Separatisten zugenommen. Der US-Präsident Barack Obama und Wladimir Putin suchten bei dem Spitzengespräch nach einem Weg zur Beendigung der Gewalt in Aleppo. Trotz des „offenen und aufrichtigen“ Gesprächs, so Obama, seien keine konkreten Lösungen getroffen worden. Der US-Präsident schloss jedoch die Verhandlungen mit Russland nicht aus. Somit könnte der Westen versuchen, Russlands Einfluss auf Assad für die Beendigung des Konflikts zu nutzen.

KOMMENTAR

»Zwei Gedanken zum Wochenende«

Von Heino Wiese

TTIP vor dem Aus

Auch wenn Frau Merkel und Herr Obama das Zustandekommen des sogenannten Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU immer noch beschwören, weiß inzwischen jeder, der ein wenig von Politik und Administration versteht, dass in den nächsten Jahren kein entsprechendes Abkommen mehr geschlossen werden kann. Ohnehin ist vielen klar geworden, dass der freie Handel nur der unwichtigere Bestandteil des Vertrages war. Ging es doch mehr darum, dem Großkapital Möglichkeiten zu eröffnen, staatliche Gesetzgebung zu ignorieren und gegen diese eine Klagemöglichkeit zu bekommen. Das funktioniert natürlich nur über eine "Amerikanisierung" des zwischenstaatlichen Rechts. Diejenigen, die sich eine goldene Nase verdient hätten, wären die großen internationalen Anwaltskanzleien gewesen. Zum Glück sind die Verhandlungen nun erkennbar bis auf weiteres gescheitert.

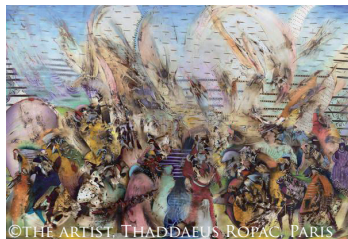
CSU gibt koa Ruh'

Nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern sieht sich die CSU einmal mehr als die Lordsiegelbewahrerin des konservativen Gedankenguts. Immerhin hat eine größere Anzahl der dortigen AfD-Wähler erklärt, sie hätten auch die CSU gewählt, wenn sie in Meck-Pomm wählbar gewesen wäre. Eigentlich wissen alle in der Union, dass ein Wahlsieg ohne die von Frau Merkel repräsentierte liberale Mitte bei Bundestagswahlen nicht möglich sein würde. Trotzdem will man nicht den Rest des Markenkerns der Union preisgeben. Und nach dem Wahldebakel in Frau Merkmals "Wohnzimmer" fürchten zunehmend Unions-MdMs um ihren eigenen Wahlkreis bei den Wahlen im nächsten Jahr. Die CSU gibt keine Ruhe, aber auch in der CDU rumort es kräftig unterirdisch. Letzte mächtige Unterstützer von Frau Merkel sind die Journalisten des "Mainstreams" und einige wenige Karrieristen in der CDU.

BUNTES AUS BERLIN

13.-19. SEPTEMBER: BERLIN ART WEEK

Rund 120 Veranstaltungen von mehr als 50 Partnern an 6 Tagen bietet die Berlin Art Week in diesem Jahr und lässt die Hauptstadt damit bereits zum fünften Mal zu einem Hot Spot für die internationale Kunstszene werden. Die Messe abc art berlin contemporary ist dabei eines der Highlights der Woche.



©THE ARTIST, THADDAEUS ROPAC, PARIS

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:
Alice Greschokw, Evgenia Laznik
Telefon 030.810588811
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschokw, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



INSIDER

SYRIEN UND DIE INTERNATIONALE ALLIANZ KONTRÄRER INTERESSEN



Von Agnieszka Brugger, Sprecherin für Sicherheitspolitik der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag

Trotz verhaltener Annäherungsversuche hat es mit Russland beim G20-Gipfel in China wieder keine Einigung über den Krieg in Syrien gegeben. Während die humanitäre Notlage der Zivilbevölkerung in Syrien weiterhin katastrophal ist, rückt die Aussicht auf eine Feuerpause – geschweige denn einen Waffenstillstand – in immer weitere Ferne. Teil des Problems sind die oft diametral entgegengesetzten Interessen einzelner Staaten, die ohne Rücksicht auf das Leid der Menschen in Syrien verfolgt werden.

Auch der türkische Präsident hat eine eigene Agenda in diesem Krieg und gegenüber den Partnerstaaten der Allianz. So kämpft die türkische Armee nicht nur gegen den sogenannten Islamischen Staat, sondern auch gegen kurdische Rebellengruppen. Zudem wurden immer wieder

Vorwürfe laut, dass die türkische Regierung IS-Kämpfer unterstütze, um den Druck auf das Assad-Regime aufrecht zu halten. Während es schwer vorstellbar ist, dass der Krieg in Syrien ohne die Türkei befriedet werden kann, so muss doch unmissverständlich klar gestellt werden, dass ein solch widersprüchliches Handeln inakzeptabel und kontraproduktiv ist. Trauriger Höhepunkte im seit Monaten komplizierten deutschen Verhältnis zur türkischen Regierung ist der Streit um die Armenien-Resolution des Bundestages und das daraufhin verhängte Besuchsverbot für Mitglieder des Bundestags auf dem Luftwaffenstützpunkt in Incirlik. Sollte die türkische Regierung dem für Oktober geplanten Besuch in Incirlik durch die Obleute des Verteidigungsausschusses keine Zustimmung erteilen, ist der Verbleib der Soldatinnen und Soldaten nicht vorstellbar. In den diplomatischen Bemühungen um den Zugang zu der Bundeswehr ist es einer Bundesregierung unwürdig, sich von der türkischen Regierung vorführen zu lassen und so mit einer Resolution des Bundestages umzugehen.

Während die Bundesregierung sich bei den diplomatischen Bemühungen um eine gemeinsame Strategie für Syrien einsetzen muss, dürfen die Menschen vor Ort nicht ohne humanitäre Hilfe dem Leid und der Not ausgesetzt bleiben. Wir Grüne fordern deshalb eine Lufthilfe für die von Hilfslieferungen abriegelten Regionen in Syrien.

ERWARTUNGEN UND HOFFNUNGEN AN DEN DEUTSCHEN OSZE-VORSITZ

„Am Haus bauen, während es brennt?“ Unter dieser Frage stand am Montagmittag eine Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., welche in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in der Markgrafenstraße in Berlin Mitte stattfand. Anlässlich des deutschen OSZE Vorsitzes wurden das Auftreten und die Möglichkeiten der OSZE im Konflikt in der Ost-Ukraine und deren Rolle in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, welche nicht Teil der Russischen Föderation und ebenfalls nicht Teil der NATO sind, diskutiert.

Der Direktor des OSZE Büros Michael Georg Link (FDP) machte in seinem Impulsvortrag darauf aufmerksam, dass es vor allem auf den Vorsitz der OSZE ankomme die Politik in einem guten Sinne zu gestalten. Diese Chance müsse nun vom amtierenden Vorsitzenden Frank-Walter Steinmeier (SPD) genutzt werden. Auch müsse die OSZE einen stärker militärischen Fokus im Sinne der Rüstungskontrolle einnehmen. Militärische Sicherheit und Stabilität stünden in unmittelbarem Einklang mit in-

dividuellen Rechten und Grundfreiheiten. Weiter sagte Link, dass wo immer universelle Menschenrechte verletzt würden, sich auch die OSZE einmischen müsse.

Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) betonte dabei, dass es aus europäischer Sicht wichtig sei an den bestehenden Sanktionen gegen Russland festzuhalten trotz konträrer Stimmen aus der Wirtschaft, die die Wichtigkeit der Handelsbeziehungen betonten. Die OSZE sei eine im Kalten Krieg entstandene Vereinigung und eine ähnliche Situation wie im Kalten Krieg herrsche auch heute, behauptete Pavel Felgenhauer (Jamestown Foundation). So sei sie dazu konstruiert zu vermitteln und nicht mehr. Daher sei sie auch eine für beide Seiten annehmbare Einrichtung.

Michael Staak (Politikwissenschaftler, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg) betonte, dass eine Erweiterung Europas und der NATO Richtung Osten, auch immer mit einer Vertiefung der Beziehungen zur Russischen Föderation einhergehen müsse. In den letzten 15 Jahren hätte es leider „zu viel Bush und zu wenig Genscher und Kohl gegeben“.

SCHRÖDER: „JA ZU CETA, NEIN ZU TTIP“

Am Montag fand die erste Jahreskonferenz des Wirtschaftsforums in der SPD statt, bei der Sigmar Gabriel, US-Botschafter John B. Emerson und Gerhard Schröder als Speaker nicht nur die Flüchtlingspolitik und die Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern kommentierten, sondern sich klar zu TTIP positionierten.

Emerson warb für das Abkommen und versicherte, dass in den USA die sozialen und ökologischen Standards in manchen Branchen, wie im Bereich Pharma, sogar strenger seien als in Europa und die hiesige Information von einer Negativpropaganda dominiert sei und mahnte, dass mit Donald Trump als potenziellem Präsidenten Verhandlungen erschwert würden.

Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach nach Emerson und vertrat eine unmissverständliche Position – TTIP, das transatlantische Handelsabkommen mit den USA, könne in der gegenwärtigen Verhandlungsform nicht verabschiedet werden, obwohl Freihandel wichtig sei. Das kanadisch-europäische Abkommen CETA hingegen sei begrüßenswert. Schröder rief zur Ratifizierung auf.

Auf seine Amtszeit zurückblickend, betonte Schröder die damalige Notwendigkeit der Reformen der Agenda 2010, um Deutschland an die Weltspitze des Handels zu führen, erklärte aber auch, dass er nachvollziehen könne, dass diese Politik viele Wähler verschreckt habe.

BDI BESÜRGT: EU-KOMMISSION WILL MEHR EXPORTHÜRDEN FÜR ÜBERWACHUNGSTECHNIK

In einem Brandbrief an Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström wandte sich BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber, um die Besorgnis des Verbandes bezüglich der geplanten Exportkontrollen für Überwachungstechnik auszudrücken. Im Fokus der Regulatorik der EU-Kommission stehen insbesondere Technologien, die sowohl für militärische, als auch zivile Zwecke verwendet werden können, bei denen jedoch ein Verstoß gegen die Menschenrechte nahe-

liegen würde. Vor allem IT-Technik, die an autoritäre Regime verkauft wird, sei der Kommission ein Dorn im Auge. Europäische Unternehmen hätten in der Vergangenheit Systeme an die sudanesisische und saudi-arabische Regierung verkauft, mit denen Telefonate abgehört werden konnten. Die Kommission widerspricht dem BDI - es würde keine pauschalen Sperren für die Industrie 4.0 geben. Zusätzliche Exportgenehmigungen müssten nur bei bedenklichen Produkten eingeholt werden.



THE DASH - MEHR ALS NUR EIN KOPFHÖRER

Der Tech-Gründer Nikolaj Hviid des Münchener Startups Bragi sieht das baldige Ende der Smartphones. Der Grund: sein Produkt "The Dash": die olivengroßen, smarten Ohrstöpsel, die die Herzfrequenz und Kalorienverbrauch messen, neue Kommunikationswege bieten und natürlich zum Musik Abspielen dienen, sind die ersten "Hearables" auf dem Markt, die perspektivisch das Smartphone beim Fahrrad-

fahren oder Joggen ersetzen können. Der gebürtige Däne sammelte auf der Crowdfunding-Plattform Kickstarter zunächst über drei Millionen Dollar für seine Idee, es kamen zusätzliche 22 Millionen von diversen Investoren dazu. Die Pionieridee hat prominente Unternehmen inspiriert - auch Samsung entwickelt mittlerweile smarte Kopfhörer. Hviid glaubt jedoch, dass sein Produkt überzeugen wird.

PERSONALIEN

AUGTER NEUE PRESSESPRECHERIN DER KAS

Steffi Augter (41) ist seit dem 1. September Pressesprecherin der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Sie folgt auf Matthias Barner, der die Leitung des Auslandsbüros der Stiftung in Prag übernommen hat, und berichtet an den Leiter der Hauptabteilung Kommunikation und Medien, Dominik Grobien. Als Projektleiterin im Planungsstab des Bundeskanzleramts war sie verantwortlich für die Umsetzung der Regierungsstrategie "Gut Leben" zur Neuvermessung von Wohlstand.

LANGENBRUCH VERSTÄRKT BMUB-PRESSESTAB

Friederike Langenbruch (37) verstärkt seit dem 1. September den Pressestab des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) als neue Sprecherin. Im Ministerium berichtet sie an Michael Schroeren, Leiter des Presse- und Informationsstabs. Langenbruch kommt vom Flughafenverband ADV, wo sie seit 2010 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortete.

KRÖGER ERKLÄRT RÜCKTRITT BEI DER LINKEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Dieter Glietsch (69) zieht sich als Berliner Staatssekretär für Flüchtlingsfragen am 21. September planmäßig nach einem Jahr zurück. Seit dem vergangenen Herbst hat er in dieser Position den Koordinierungsstab des Berliner Senats zur Flüchtlingspolitik geleitet und war direkt dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) unterstellt. Nun wird er in den Ruhestand zurückkehren

#CLIMATEDIPLODAY - EINE KLIMAPOLITISCHE DISKUSSIONSPLATTFORM

Die Botschaften Frankreichs und Marokkos sowie das Auswärtige Amt und der WWF laden am 14. September ab 17 Uhr zum Climate Diplomacy Day ein. Nach dem Pariser Klimagipfel im Dezember 2015 und kürzlichen Ratifizierung der größten CO2-Produzenten, China und USA, gilt es über die konkrete Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel zu debattieren. Klimasicherheit und Diplomatie sind Schlüsselkomponenten in diesem Prozess.

Das Format bietet eine Austauschplattform zwischen Diplomaten, Klimaexperten und jungen Menschen, die perspektivisch am stärksten von den Folgen der globalen Erwärmung betroffen sein werden. Die Veranstaltung findet im Auswärtigen Amt (Werderscher Markt 1, 10117 Berlin) statt. Eine Anmeldung ist erforderlich.

WORTE DER WOCHE

»Die Lage für die Union ist höchst bedrohlich. [...] Die Menschen verstehen einfach nicht mehr, wie Politik gemacht wird in Deutschland. Sie fühlen sich nicht mehr mitgenommen.«

CSU-Chef Horst Seehofer über die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern.

»Merks Fehler war nicht, dass sie Herz zeigte, sondern dass sie keinen Plan hatte.«

Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder kritisiert Merks Flüchtlingspolitik.

»Dann haben wir nach 2017 in der nächsten Legislaturperiode einen Steuersenkungsspielraum von etwa 15 Milliarden Euro.«

Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister, über mögliche Steuerentlastungspläne und das Vorhaben die Steuerquote stabil zu halten.

»Wir glauben grundsätzlich, dass im Jahr 2016 ein ehrgeiziges TTIP-Abkommen erreichbar ist.«

John Emerson, US-Botschafter, beim SPD-Wirtschaftsforum über die Erfolgsaussichten der Freihandelsgespräche mit der EU.

»Ich behaupte nicht, dass es eine ruhige Reise wird. Vor uns liegen schwierige Zeiten.«

Theresa May, britische Regierungschefin, über die wirtschaftlichen Folgen des Brexits.

»Gewöhnlich verlaufen unsere Treffen mit Putin in einem offenen, aufrichtigen und sachlichen Ton. Auch dieses Treffen bildete diesbezüglich keine Ausnahme.«

US-Präsident Barack Obama anlässlich des Gesprächs mit dem russischen Präsidenten am Rande des G20-Gipfels in China.

»Es ist generell nicht hinnehmbar, dass politische Konflikte aus anderen Ländern nach Deutschland importiert werden, um sie hier auszutragen. Unerträglich wird es, wenn es dabei zu Einschüchterungen oder gar Gewalttaten kommt.«

CSU-Innenexperte Stephan Mayer über die zunehmende Gewalt gegen in Deutschland lebende türkische Oppositionelle.

TERMINE

9.9. BMBF ZUR DIGITALISIERUNG IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Pressekonferenz des Bundesbildungsministeriums zum Thema „Berufsbildung 4.0 - Digitalisierung in der beruflichen Bildung“, u.a. mit Bundesbildungsministerin Johanna Wanka Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

10.9. BÜRGERFEST DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Tag des offenen Schlosses beim Bürgerfest des Bundespräsidenten, u.a. mit Bundespräsident Joachim Gauck Schloss Bellevue. Beginn ist um 13 Uhr. Spreeweg 1, 10557 Berlin (keine Anmeldung erforderlich).

11.9. DEUTSCHE ATLANT. GESELLSCHAFT ZUR BUNDESWEHR

Gesprächsveranstaltung der Deutschen Atlantischen Gesellschaft zum Thema „Was sind uns die Soldaten wert? Zur gesellschaftlichen Anerkennung der Bundeswehr“, u.a. mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags Hans-Peter Bartels, dem Brigadegeneral Markus Laubenthal und dem Chef des Stabs der US Army Europe Rob Rider Presse- und Besucherzentrum der Bundesregierung. Der Beginn ist um 18:30 Uhr. Reichstagufer 14, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

15.9. WILLY-BRANDT-STIFTUNG ZUR OSTPOLITIK

Diskussionsveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung zum Thema „Brauchen wir eine neue Ostpolitik?“, u.a. mit dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Karsten Voigt (SPD) und dem Hauptstadtkorrespondenten des DuMont-Verlags Thomas Kröter Forum Willy Brandt Berlin, Beginn: 18:00 Uhr. Unter den Linden 62-68, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).